

(Abgeordneter Bleher.)

(A) in den Krieg zogen, mit einem einstimmigen zurückkehren zu lassen? Ist das keine Wahlentrechtung?

Und dann möchte ich eine Gewissensfrage aufwerfen: Wer fordert denn das allgemeine Wahlrecht? Fordert es das Volk?

(Abgeordneter Nixschke [Leusch]: Der preußische König!)

Ich stehe mit so vielen meiner Arbeiter fortgesetzt in schriftlichem Verkehr, ich habe viele Urlauber aus meiner Arbeiterschaft in meinem Hause begrüßen dürfen, aber ich habe noch keine einzige Stimme gehört, die nach dem gleichen Wahlrecht verlangt hätte.

(Zuruf links: Sie haben sie nicht danach gefragt!)

Wenn das aus Zurückhaltung geschehen ist, so will ich nicht widersprechen, aber ich behaupte, daß unsere aus dem Felde zurückkehrenden Soldaten andere Sehnsüchte haben als das gleiche Wahlrecht.

(Lebhaftes Sehr richtig! rechts.)

Und nun sagt man, die politische Entwicklung verlange das allgemeine Wahlrecht. Kennen wir nicht alle schon lange vor dem Kriege und auch jetzt eine allgemeine Wahlmüdigkeit, die zu denken geben sollte? Müssen denn nicht die Wähler zur Wahlurne geschleppt werden, ist das etwa ein Beweis für die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts? Wie ist es denn mit uns, sind wir von unserer parlamentarischen Tätigkeit befriedigt? Ich möchte doch denjenigen Kollegen kennen lernen, der sich von ihr befriedigt fühlte. Auch ich nicht, obwohl ich nur die Vertretung wirtschaftlicher Interessen in meinem Wahlkreis als Hauptaufgabe übernommen habe.

(Lebhafte Zurufe: Und für das ganze Land!)

Selbstverständlich habe ich nicht nur für die Interessen meines Wahlkreises gewirkt, aber ich habe mich nicht zu dem beneidenswerten Standpunkt verschiedener meiner Kollegen aufzuschwingen vermocht, alles im Lande verstehen zu wollen.

(Weiterkeit.)

Wir haben keine Wahlfreudigkeit mehr, weder im Lande noch in der Gemeinde. Nicht einmal das Bürgerrecht erwerben sie trotz der ganz geringen Gebühren, nicht aus Scheu vor der Ausgabe, meist angewidert von der politischen Agitation.

Das Wahlrecht kommt niemals und nirgends zur Ruhe.

(Weiterkeit.)

In der ganzen Welt nicht. In Frankreich hat man seit (C) 1870 alle Wahlrechtsmöglichkeiten ausprobiert, es gibt kein System mehr, das nicht versucht worden ist. In Italien wird jetzt eine Wahlreform verlangt, nach welcher Krieger unter 20 Jahren wahlberechtigt sind, und Italien hat schon längst eine demokratische Staatsverfassung.

Nun fragt man sich: Was ist denn nun eigentlich letzten Endes der Zweck einer Wahlrechtsänderung? Der Verdacht ist begründet, daß bei den radikalen Parteien der Machthunger die Veranlassung ist.

(Abgeordneter Günther: Hunger haben wir alle! —
Heiterkeit.)

Der Zehngebote-Hofmann hat es ja im preußischen Landtage zugegeben, daß selbstverständlich seine Partei die Macht haben wolle. Ist denn nun, Herr Kollege Günther, das der Inbegriff unseres ganzen Daseins, die Macht zu erlangen? In der Bibel steht es schon: Unselig, wer nur den Willen zur Macht hat, denn er wird ein Fluch werden. Und so behaupte auch ich, daß die Macht allein niemals der Menschheit zum Segen gereichen kann.

(Abgeordneter Günther: Sie haben doch auch nach wirtschaftlicher Macht gestrebt!)

Mit solchen Mitteln nicht! Und nun wird die politische Macht der breiten Massen begründet mit deren politischer (D) Reife. Ich weiß nun nicht, wer von den beiden Herren, der Herr Vizpräsident Fräßdorf oder der Herr Abgeordnete Fleißner, der politisch reifere ist. Es wird wahrscheinlich so sein, daß der Herr Abgeordnete Fleißner den Herrn Vizpräsidenten Fräßdorf nicht für politisch reif hält und umgekehrt. Die politische Reife, von der fortgesetzt geredet und geschrieben wird, ist zum politischen Schlagwort geworden. Sie ist ein wandelbares Ding. Die politische Reife besteht bis jetzt nach meinen Beobachtungen nur darin, daß man sich politisch organisieren und einen Stimmzettel in die Hand drücken läßt. Wird aber diese politische Entwicklung, die wir vor uns sehen, wird die Politisierung unseres Volkes seinen Aufstieg im Gefolge haben? Ich bestreite, daß mit der politischen Reife, mit der politischen Entwicklung, mit dem gleichen Wahlrecht auch nur ein Mensch eine Stunde lang glücklich gemacht werden kann. Die politische Entwicklung, der Kampf der Parteien untereinander, dieser endlose Kampf, der sich mit jedem Tage verschärft, bedeutet keinen Aufstieg der Menschheit. Die Politik soll sein die Anwendung der sittlichen Vernunft auf die öffentlichen Angelegenheiten. Aber was ist denn daraus geworden? Von der Politik aus werden jetzt alle Lebensverhältnisse beurteilt, alle öffentlichen Angelegenheiten unterstehen dem